



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksversammlung Harburg

<b>Antrag</b>  CDU-Fraktion / Fischer-Pinz, Brit-Meike / Frommann, Lars / Ottow, Silke	Drucksachen-Nr.: <b>22-0602</b>  Datum: 07.04.2025
---	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum

**Antrag CDU betr. Durchfahrt von Schwerlastverkehr durch Cranz und Neuenfelde verhindern**

**Sachverhalt:**

Im Regionalausschuss Süderelbe wurde am 26.03.2025 der aktuelle Planungsstand zur Erhöhung des Neuenfelder/Cranzer Hauptdeiches vorgestellt. Dabei wurde deutlich, dass es mit Übernahme der Planung von Hamburg Port Authority (HPA) zu einer Erneuerung der Planung gekommen ist, welche das Projekt in zwei Bereiche aufgliedert und es u.a. zum Ziel hat, Baurisiken zu vermindern und perspektivische nachhaltige Möglichkeiten einer weiteren Deicherhöhung offen zu halten.

Die mit der Neuplanung der Baumaßnahmen verbundene Möglichkeit einer über weite Strecken beidseitigen Verkehrsführung würde im Vergleich zur ursprünglichen Planung erfreulicherweise eine deutliche Entlastung der Verkehrssituation während der Bauphase bedeuten.

Dennoch befürchten betroffene Anwohner - aufgrund leidvoller Vorerfahrungen - nachvollziehbar eine deutliche Zunahme des Schwerlastverkehrs durch die Ortsbereiche für den Fall, dass die Nutzung entsprechender Umleitungen nicht mittels Kontrollen oder expliziter Durchfahrtsverbote durchgesetzt wird.

**Petition/Beschlussvorschlag:**

**Die Bezirksversammlung beschließt:**

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird gebeten, bei den für die Verkehrsplanung zuständigen Stellen darauf hinzuwirken, dass sichergestellt wird, dass während der mehrjährigen Bauphase zur Erhöhung des Neuenfelder/Cranzer Hauptdeiches die Durchfahrt von Schwerlastverkehr > 7,5 t durch die Ortsbereiche Cranz und Neuenfelde wirksam und verlässlich verhindert wird.

Die geplanten Maßnahmen sollen rechtzeitig vor Baubeginn dem Regionalausschuss Süderelbe vorgestellt werden. Die diesbezügliche Sitzung des Ausschusses möge dann erneut vor Ort stattfinden, um die von den Baumaßnahmen und der Verkehrsführung betroffenen Anwohner und Anwohnerinnen in angemessener Weise über die Planungen zu informieren.

Hamburg, am 04.04.2025